

## Fragebogen Idealism Prevails

### 1. **Welches Gehalt sollten Politiker Ihrer Meinung nach verdienen? Ist es aus Ihrer Sicht legitim, zusätzliches Einkommen zu erzielen und wenn ja, in welcher Höhe?**

Das Gehalt von Politikern sollte einerseits angemessen hoch sein, aber auch nicht zu hoch, um ihrer Verantwortung, Arbeitsbelastung und der Vermeidung von Korruption gerecht zu werden. Andererseits werden Politikergehälter aus Steuergeldern finanziert, was ein hohes Maß an Transparenz, Rechenschaftspflicht und eine umsichtige Gehaltsstruktur erfordert.

Wir fordern jedenfalls eine Senkung der Gehälter für Nationalratsabgeordnete um 25%, um die Nähe zur Bevölkerung zu stärken. Einkommen aus Nebentätigkeiten sollten nicht erlaubt sein, da Politiker ausschließlich im öffentlichen Interesse handeln und keine finanziellen Vorteile aus anderen Quellen ziehen sollten. Dies würde ihre Unabhängigkeit gegenüber kapitalstarken Interessen sicherstellen. Außerdem sollte die Arbeit im Nationalrat zumindest ein Vollzeitjob sein.

### 2. **In der sogenannten Corona-Krise hat das Vertrauen in die verantwortlichen Politiker und das politische System bei vielen Menschen drastisch abgenommen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses wiederherzustellen und welche Schritte sind zur Aufarbeitung dieser Zeit (noch) zu setzen?**

Ja, das Vertrauen in Politiker und das politische System hat während der Corona-Krise stark gelitten, teils aufgrund der unvorhersehbaren Natur der Pandemie, teils wegen schwerer Kommunikations- und Umsetzungsfehler. Besonders die mangelnde Transparenz, die widersprüchliche Kommunikation zwischen Bund und Ländern, sowie unzureichende soziale Maßnahmen oder überstrenge Maßnahmen für Kinder und Schulen, die keine Rücksicht auf die psychischen und sozialen Auswirkungen auf Kinder genommen haben, haben das Vertrauen erschüttert. Das Fehlen einer kritischen Aufarbeitung hinsichtlich dieses politischen Umgangs mit der Pandemie belastet den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bis heute.

Aus unserer Sicht ist es deshalb angezeigt, folgende Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens zu setzen:

- Transparente Aufarbeitung aller Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, inklusive deren positiver und negativer Auswirkungen, basierend auf Berichten wie jenen des Rechnungshofs. Ein Beispiel hierfür ist auch die Arbeit und die Aufarbeitung der verfassungswidrigen COFAG (COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH), insbesondere im Hinblick auf ihre Abwicklung und die Übertragung von Aufgaben und Finanzressourcen auf den Bund.

- Reflexion der Kommunikationsstrategie, um die Bevölkerung klar darüber zu informieren, warum welche Maßnahmen getroffen wurden und welche Lehren daraus gezogen werden können.
- Vorbereitung auf zukünftige Pandemien durch bessere Krisenplanung und Reaktionsfähigkeit.

**3. Wie wollen Sie die vom Verfassungsgerichtshof aufgehobene Regelung zum „Bundestrojaner“ verfassungsgemäß gestalten und wo sind für Sie die Grenzen der Überwachung der Bürger?**

Wir lehnen den Bundestrojaner und jede andere Form der Massenüberwachung grundsätzlich ab, weshalb wir auch eine verfassungsgemäße Ausgestaltung ablehnen. Überwachung sollte nur im strafrechtlichen Sinne und mit richterlicher Genehmigung möglich sein, um gezielte Einzelüberwachungen zu erlauben.

Die Grenze der Überwachung muss dort gezogen werden, wo unverhältnismäßige Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger:innen erfolgen könnten. Das Recht auf Datenschutz muss in jedem Fall gewährleistet bleiben.

**4. Wie stehen Sie zur Entscheidung einen „Nationalen Sicherheitsberater“ zu installieren und zur Erweiterung der Aufgaben des österreichischen Bundesheeres im Hinblick auf die Unterstützung der Polizei? Wie wollen Sie das Heer wie im sicherheitspolitischen Jahresbericht gefordert, „kriegsfähig“ machen?**

Die Aufgaben des Bundesheeres (Landesverteidigung, Schutz verfassungsmäßiger Einrichtungen, Katastrophenhilfe und internationale, friedensunterstützende und friedenserhaltende Missionen) und die der Polizei (öffentliche Sicherheit und Ordnung, Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrssicherheit, Schutz von Personen und Eigentum) müssen klar getrennt bleiben. Eine verstärkte Unterstützung der Polizei durch das Heer würde zu mehr militärischer Präsenz im Alltag führen, was wir ablehnen.

Wir befürworten die Einführung eines professionellen Notfall- und Katastrophendienstes, der dem bisher sowie wenig wehrhaften Bundesheer vorzuziehen wäre. Das „kriegsfähig“ Machen des Heeres wäre nur mit immensen Kosten umsetzbar.

Die Einführung eines „Nationalen Sicherheitsberaters“ kann grundsätzlich Vorteile haben (z.B. bessere Koordination und Reaktionsfähigkeit der Regierung, Bündelung von Expertise und strategische Beratung). Die in Österreich vorzufindende Ausgangssituation (eher Bedarf an Katastrophenhilfe und Fortbestehen der Neutralität) würde aber eher die Nachteile in den Vordergrund stellen (unnötige zusätzliche Bürokratie, vertiefte Abhängigkeit von Einzelpersonen in der Entscheidungsfindung und Kompetenzkonflikte), weswegen wir in Österreich keine Notwendigkeit für einen nationalen Sicherheitsberater sehen.

## 5. Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach die immerwährende Neutralität Österreichs und ist ein NATO-Beitritt für Sie vorstellbar oder gar notwendig?

Die Neutralität Österreichs war zum Zeitpunkt ihrer Einführung gerechtfertigt und auch erforderlich. Wenngleich die Neutralität Österreichs auch aktuell ein zentraler Bestandteil der österreichischen Außenpolitik und das „immerwährend“ in der Bundesverfassung festgeschrieben ist, so zeigen die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte die Notwendigkeit auf, die Neutralität unter aktuellen und zukunftsgerichteten Gesichtspunkten in einem breiten gesellschaftlichen Prozess zu debattieren. Die gesellschaftliche und politische Entwicklung des Landes, die fortschreitende Integration in die Europäische Union (z.B. EU-Beistandspflicht gem. Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages) und die zunehmenden Sicherheitsbedrohungen in Europa erfordern es auch von Österreich, sich in enger Abstimmung mit seinen internationalen Partnern und auch NATO-Mitgliedern seine Rolle fortwährend den gegebenen Rahmenbedingungen anzupassen. Zentral ist eben, dass wir endlich eine offene Debatte darüber beginnen.

## 6. Welche Regeln wünschen Sie sich für eine menschenrechtskonforme Asylpolitik?

Eine menschenrechtskonforme Asylpolitik muss stabile, transparente und faire Systeme bieten, die unsere moralischen und internationalen Verpflichtungen erfüllen. Unsere Vorschläge umfassen:

- Einführung von **Online-, EU-Botschafts- und Grenzasyilverfahren**, um sichere Einreisen und die Bekämpfung von Schlepperei zu gewährleisten. Nach Asylgewährung können Menschen sicher in die EU einreisen und sich im zugeteilten Land niederlassen.
- **Ankunftszentren in allen EU-Ländern**, betrieben von einer neuen EU-Behörde, sollen für sichere Unterbringung und schnelle, transparente Asylverfahren sorgen. Bildung und Inklusion sollen bereits während des Verfahrens beginnen. Nach spätestens sechs Monaten muss klar sein, ob eine Person Asyl bekommt oder nicht. Diese Zeit soll in jedem Fall dafür genutzt werden, dass Menschen die Landessprache lernen, mit den Regeln und Pflichten in einer Demokratie vertraut gemacht werden, die Vorteile einer offenen Gesellschaft positiv vermittelt werden und vieles mehr.
- **Befristete Asylgewährung** mit denselben Rechten wie permanent Niedergelassene. Negative Bescheide sollten schnell rechtskräftig werden, mit klaren Einspruchsfristen.
- **Rückführung** nach negativem Asylverfahren, mit Sanktionen gegen Länder, die ihre Staatsbürger:innen nicht zurücknehmen. EU-Staaten, die sich weigern, Ankunftszentren zu betreiben oder Asylberechtigte aufzunehmen, sollen Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen wie das Einfrieren von EU-Subventionen erwarten.

- **Regionale Asylzentren** durch die EU und die UN sollen kürzere Fluchtwege ermöglichen und kulturell näherliegende Orte für Schutz bieten.

**7. Welche Pläne haben Sie für eine Reform des ORF, vor allem im Hinblick auf die Besetzung des Stiftungsrates (Stichwort „Entpolitisierung“), die ORF-Gebühren und die Verhinderung politischer Interventionen?**

Österreich braucht einen starken und unabhängigen ORF. Unser Ziel ist, den ORF deshalb aus der Einflussosphäre von Parteien zu befreien und dessen Entscheidungsgremien zu demokratisieren. Der ORF ist als öffentlich-rechtlicher Rundfunk ein zentrales Informationsmedium für unsere Demokratie.

Deshalb schlagen wir vor, den ORF Stiftungsrat abzuschaffen und durch einen reformierten Publikumsrat zu ersetzen. Die Besprechungsprotokolle des Publikumsrat sind zu veröffentlichen, und deren Mitglieder haben sich mindestens einmal im Jahr einem öffentlichen Hearing im Parlament zu stellen. Ebenso wollen wir, dass nur die Journalist:innen im ORF die journalistischen Entscheidungen treffen, beginnen bei der Wahl der Chefredaktionen durch die Redakteur:innen selbst.

Wir unterstützen den aktuellen Ansatz und Umfang hinsichtlich ORF-Gebühren sofern die politische Unabhängigkeit des ORF und die Erfüllung seiner Kernaufgaben\* gewährleistet ist.

\*) Information der Allgemeinheit über alle wichtigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Themen; Förderung und Verbreitung von Kultur und Bildung, breites Spektrum an Unterhaltungsprogrammen.

**8. Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Verbesserung des Gesundheitssystems sehen Sie?**

Der aktuelle Notstand ist das Ergebnis mangelnden Lösungswillens, Unfähigkeit und einer gewollten und systematischen Ökonomisierung des Gesundheitsbereichs der Regierungen der letzten Jahre und Jahrzehnte. Der erste notwendige Schritt ist deshalb, das Gesundheitssystem aus den vermeintlichen Profitzwängen der Wirtschaft zu befreien und das Wohl der Beschäftigten und Patient:innen im Gesundheitssystem über Profit zu stellen. Deshalb: kein Steuergeld für Privatmedizin. Öffentliches Steuergeld nur noch für das öffentliche Einklassen-Gesundheitssystem.

Der Personalmangel in Kliniken und Pflegezentren führt täglich zu Überlastung und Stress für die Beschäftigten, die Schwerstarbeit leisten. Es braucht endlich kürzere Arbeitszeiten, bessere Arbeitsbedingungen und deutlich höhere Löhne, damit die Menschen in Gesundheitsberufen ordentlich ihrer Aufgabe nachgehen können. Außerdem werden die betroffenen Berufe so auch wieder attraktiv für neues (und ehemaliges) Personal.

**9. Wie wollen Sie das Sozialversicherungssystem (Gesundheitskassen, Pensionen) für die Zukunft sichern?**

Wir wollen das öffentliche System und das private System nicht länger mit Steuergeld fördern, so wie es zum Beispiel Dänemark macht oder wie wir das österreichische Pensionssystem organisiert haben, bis Schwarz-Blau es zerstört hat.

**10. Wie wollen Sie mit der kolportierten „Budgetlücke“ umgehen und welche Pläne haben Sie für eine nachhaltige Budget- und Fiskalpolitik?**

Was den kolportierten Charakter der Budgetlücke betrifft, so ist die Lücke selbst wohl absolute Realität, und die fortwährende Intransparenz aufgrund ausbleibendem „Kassa-Sturz“ ist aus wahltaktischen Gründen beabsichtigt. Dies allein ist ein inakzeptabler Zustand, den wir auch eingehend zu kritisieren. Parteien und Politiker:innen müssen für ihre Erfolge und Nichterfolge Rechenschaft ablegen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Klarheit hinsichtlich der herrschenden Situation.

Die Voraussetzungen, die Budgetlücke zu schließen, sind jedoch günstig. Der österreichische Wirtschaft und den Steuerzahler:innen entgehen pro Jahr 18 Mrd. EUR aufgrund Korruption und weitere 13 Mrd. EUR aufgrund von Steuerhinterziehung. Wir unterstützen daher die Stärkung der Institutionen und Prozesse, welche zu einer effektiveren Überwachung und Durchsetzung geltender Gesetze und Regelungen führen. Die Summe aus knapp 30 Mrd. EUR könnte die Lücke mutmaßlich mehr als schließen und in Bildung, Pflege, Klimaschutz und das Ende der Kinderarmut in Österreich investiert werden.